



**Auszug aus der Niederschrift**  
**über die**  
**Sitzung des Schulausschusses**  
**vom 10.11.2010**  
**- Öffentlicher Teil -**

**Tagesordnungspunkt:**

**9. Mitteilungen**

---

**9.1 Abitur an Gymnasien nach 12 oder 13 Jahren (G 8 oder G 9)**

**Herr Goßmann** erläutert, dass den Gymnasien einmalig im Rahmen eines Schulversuches die Möglichkeit eröffnet werde, künftig einen neunjährigen Bildungsgang anzubieten. Die Essener Gymnasien seien nahezu einmütig an einer schulversuchsweisen und temporären „Rückkehr“ zu G 9 nicht interessiert. Der weitaus größte Teil der Schulen hat mitgeteilt, weiterhin den achtjährigen Bildungsgang anbieten zu wollen. Anträge auf Teilnahme am Schulversuch, die vom Schulträger bis zum 15.12.2010 bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingereicht werden müssten, seien bisher nicht gestellt. An einem Essener Gymnasium, dem Gymnasium Borbeck, werden Überlegungen angestellt, sich am Schulversuch zu beteiligen. Das Thema werde am 15.11.2010 in der Schulkonferenz beraten. Eine eventuelle Zustimmung des Schulträgers sei davon abhängig, dass keine Kosten entstehen.

**Herr Reimer** teilt mit, dass die Einführung des achtjährigen Bildungsganges an den Gymnasien zu erheblichen Schwierigkeiten geführt habe. Die Kollegien hätten unter Zeitdruck die notwendigen Umstrukturierungen zeit- und sachgerecht bewältigt. Eine erneute Umstellung wäre aufgrund der dann parallelen unterschiedlichen Bildungsgänge zurzeit nicht anzustreben. Das würde aber noch lange nicht heißen, dass die Schulen mit G8 zufrieden und deswegen nicht wechseln wollten. Ob dies auch in Zukunft so sei, bleibe abzuwarten. Auch sei die Durchlässigkeit des Schulsystems dadurch eingeschränkt, dass man sich am Gymnasium mit G8 für das Modell einer dreijährigen Oberstufe und damit einer verkürzten Mittelstufe entschieden habe, während die Haupt- und Realschulen noch die nicht verkürzte Mittelstufe besäßen.

**Ratsherr Dr. Witthoff** erklärt, dass die Kollegien an den Gymnasien mit Initiative und Tatkraft die damalige Umstellung bewältigt haben und zu Recht zurzeit keine weiteren Umstellungen gewünscht würden.

**Ratsherr Kleine- Möllhoff** erläutert, dass durch das in Essen bestehende Aufbaugymnasium die Durchlässigkeit von Realschulen zum Gymnasium gegeben sei.

**Ratsherr Wandtke** erklärt, dass er es sehr begrüßen würde, wenn ein Gymnasium in Essen den neunjährigen Bildungsgang anbieten würde. Gesamtschulplätze würden nicht allen offen stehen und eventuell könnten Schulwechsel vermieden werden.

## **9.2 Modellvorhaben „Gemeinschaftsschulen“**

**Herr Renzel** teilt mit, dass mit dem Modellvorhaben „Gemeinschaftsschule“ die Landesregierung die Möglichkeit schaffe, bei zurückgehenden Schülerzahlen vor allem im ländlichen Raum ein wohnortnahes umfassendes Schulangebot auch mit gymnasialen Standards vor Ort zu erhalten. Damit verbunden würden die Voraussetzungen für ein gemeinsames längeres Lernen geschaffen. Die Antragstellung erfolge über die Bezirksregierung an das Ministerium für Schule und Weiterbildung, für das Schuljahr 2011/2012 bis spätestens 31.12.2010. Bisher habe keine Schule in Essen Interesse an Teilhabe am Modellversuch. Nach der nächsten Anmeldung zu den weiterführenden Schulen werde das Thema weiter verfolgt.

**Ratsherr Dr. Witthoff** erklärt, dass die CDU-Fraktion die Ausführungen mit Interesse zur Kenntnis nehme.

**Herr Reimer** erklärt, dass es gut sei die Schulen in die Entscheidung einzubinden.

## **9.3 Umorganisation der Schulverwaltung**

**Herr Renzel** teilt mit, dass das Schulverwaltungsamt neu organisiert werde und künftig die Bezeichnung Fachbereich Schule erhalte. In der nächsten Sitzung werde man ausführlicher über die Veränderungen informieren.

**Die Ausschussvorsitzende** schlägt daraufhin eine Umbenennung in „Schule und Bildung“ vor, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Aufgaben der Verwaltung und des Schulausschusses weit über den schulischen Bereich hinaus gehen würden.

**Herr Renzel** erwidert, dass eine Umbenennung nicht vorgesehen sei, er in der Sache aber zustimmen würde.

## **9.4 Anfrage der GRÜNEN- Ratsfraktion zu einer Schulpflichtbefreiung**

**Herr Goßmann** erklärt, dass es sich nicht um eine Schulpflichtbefreiung, wie in der Anfrage der Grünen- Ratsfraktion angegeben, sondern um den Besuch deutscher Schüler an der König-Fahad- Akademie und damit um eine Befreiung von der Verpflichtung zum Besuch einer deutschen Schule handele.

Das Schulamt für die Stadt Essen habe als untere staatliche Schulaufsichtsbehörde im Jahre 2009 eine Genehmigung zum Besuch der König- Fahad- Akademie erteilt. Dies sei unter der falschen Annahme, dass es sich nicht um deutsche Staatsangehörige handele, geschehen. Die irrtümlich erteilte Genehmigung wurde im Januar 2010 zurückgenommen. Die Akademie wurde entsprechend unterrichtet. Gegen den Rücknahmebescheid wurde von den Erziehungsberechtigten vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen Klage erhoben. Vor dem Hintergrund der aufschiebenden Wirkung der Klageerhebung besuchen die Kinder weiterhin die Akademie in Bonn und kommen damit, solange die Zurücknahme der Genehmigung nicht verwaltungsgerichtlich rechtskräftig bestätigt sei, ihrer Schulpflicht nach. Die gerichtliche Entscheidung stehe noch aus. Zur Vermeidung von Wiederholungsfällen fände grundsätzlich eine Überprüfung der persönlichen Daten anhand der Einwohnerdatenbank statt.

**Ratsherr Wandtke** fragt an, wie häufig solche Beantragungen seien.

**Herr Goßmann** teilt mit, dass ihm genaue Zahlen nicht vorliegen, aber nach seinem Kenntnisstand handele es sich um Einzelfälle.

## 9.5 Toilettensituation an Schulen

**Herr Reimer** weist auf ein Schreiben der Bezirksregierung hin, dass die Kostenpflicht für die Toilettenbenutzung in Schulen untersagt sei und fragt an, wie die Verwaltung mit der Situation umgehe. Er halte eine häufigere Reinigung durch Beauftragung durch den Schulträger für erforderlich, da der Schultag sich verlängert habe. Er bitte zu prüfen, ob wie in anderen öffentlichen Einrichtungen eine mindestens zweimal tägliche Reinigung durchgeführt werden könne.

**Herr Renzel** erläutert, dass bereits vor Wochen bei den Schulen eine Umfrage zum Umgang mit der Toilettensituation durchgeführt worden sei, man warte aber noch teilweise auf Rückläufe. Nach Auswertung dieser Umfrage solle die Gesamthematik im Ausschuss beraten werden.

## 9.6 Unterausschuss für Schulplanung und Schulbau

**Herr Reimer** merkt an, dass bisher keine konstituierende Sitzung stattgefunden habe.

**Herr Renzel** teilt mit, dass gemäß der Ausschusszuständigkeitsordnung der Unterausschuss tage, wenn Tagesordnungspunkte aus dem Schulausschuss verwiesen würden, dies sei bisher nicht geschehen. Sobald ein Punkt verwiesen werde, werde man unverzüglich zu einem Termin einladen. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Mitteilung, welche Mitglieder entsandt werden.

**Die Ausschussvorsitzende** bekräftigt noch einmal den politischen Beschluss, einen Unterausschuss für Schule und Immobilien einzuberufen, der sich im Jahr 2010 bereits mit mehreren Themen des Schulausschusses im Vorfeld und intensiver hätte befassen können wie z.B. der Immobilien der Gustav-Heinemann-Gesamtschule, Sie teilt mit, dass die Ausschussmitglieder bisher nicht über diese Regelung gemäß der Ausschusszuständigkeitsordnung in Kenntnis gesetzt worden seien. Sie stellt fest, dass andere Unterausschüsse schon seit 2009 tagen würden bzw neu gegründete Unterausschüsse direkt Termine für das kommende Jahr festgesetzt haben, ohne zuvor einen Tagesordnungspunkt in den Unterausschuss zu verweisen.

## 9.7 Gustav-Heinemann-Gesamtschule

**Herr Goßmann** teilt mit, dass an der Gustav-Heinemann-Gesamtschule der Beton durch Witterungseinflüsse Schaden genommen habe. An der Fassade seien Sofortmaßnahmen notwendig. Das Gebäude sei energetisch nicht auf dem heutigen Stand, so dass eine umfangreiche Sanierung erforderlich sei. Die Immobilienwirtschaft werde die weitere Planung zur Beratung vorlegen. Der Unterrichtsbetrieb könne ohne Störungen stattfinden.

## 9.8 Jugendkontaktbeamte

**Ratsherr Dr.Witthoff** fragt an, wie sich die Situation der Jugendkontaktbeamten verändere.

**Herr Renzel** erläutert, dass es sich nicht um eine Reduktion sondern um eine Umschichtung der Ressourcen handele. Die für Schulen zur Verfügung stehenden Ressourcen würden nicht reduziert.

## 9.9 Anmeldung zu weiterführenden Schulen

**Ratsfrau Herf** fragt an, warum der Anmeldetermin zu privaten Schulen vor dem Anmeldetermin zu öffentlichen Schulen liege.

**Herr Gebhard** erklärt, dass dies durch Erlasslage geregelt sei.

**9.10 Ratsfrau Kämper** fragt an, wie der Stand der Sanierung an der Toilettenanlage an der Grundschule Bedingrade/Schönebeck sei. Die Immobilienwirtschaft sei mehrmals vor Ort gewesen.

**Herr Renzel** sagt zu, dass die Frage an die Immobilienwirtschaft übermittelt werde und Frau Kämper über die Fraktionsgeschäftsstelle informiert werde.

#### **9.11 Evangelische inklusive weiterführende Schule**

**Herr Klinke** berichtet, dass die evangelische Kirche intensiv prüfe eine evangelische inklusive weiterführende Schule zu errichten. Derzeit werde eine Elternumfrage durchgeführt. Er werde gerne im Frühjahr 2011 die Planungen dem Schulausschuss vorstellen.

**Die Ausschussvorsitzende** bedankt sich für das Angebot und erklärt, dass der Schulausschuss sehr interessiert an weitergehenden Informationen sei.

#### **9.12 Sicherheitstechnische Überprüfung beweglicher Geräte**

**Herr Schmidt** fragt an, ob alle beweglichen technischen Geräte in Schulen überprüft würden.

**Herr Renzel** teilt mit, dass sukzessive alle Geräte überprüft werden.

Für die Richtigkeit:  
gez. Fay